

Koordinierungsstelle CORA



Tätigkeitsbericht 2009

1. Über die Koordinierungsstelle CORA

1.1. Kontakt

Träger: Frauen helfen Frauen e. V. Rostock

Anschrift: Heiligengeisthof 3
18055 Rostock

Ansprechpartnerin: Heike Herold

Telefon: 0381/ 4010229

Fax: 0381/ 1216099

E-Mail: cora@fhf-rostock.de

1.2. Aufgaben 2009

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Koordinierungsstelle CORA ergeben sich aus dem Aktionsplan II der Landesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder. Die Koordinierungsstelle CORA hat dabei von der Parlamentarischen Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern (M-V) den Koordinierungsauftrag für diese Maßnahmen.

Im Jahr 2009 wurden durch CORA in Abstimmung mit der Parlamentarischen Staatssekretärin folgende Schwerpunkte und Themenfelder geplant:

1. Kooperation und Monitoring bei häuslicher und sexualisierter Gewalt
2. Menschenhandel und Zwangsprostitution
3. Umsetzung des neuen Stalkinggesetzes
4. gesundheitliche Versorgung gewaltbetroffener Frauen
5. Täterbezogene Intervention und Opferschutz im Strafverfahren bei häuslicher und sexualisierter Gewalt
6. Öffentlichkeitsarbeit zu Gewalt gegen Frauen
7. Fort- und Ausbildung für relevante Berufsgruppen
8. Statistik
9. Vernetzung in M-V, bundesweit und international
10. sonstige Aufgaben

1.3. Finanzierung

Die finanzielle Förderung für die Koordinierungsstelle CORA (eine Personalstelle und Sachkosten) erfolgte durch die Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung der Landesregierung M-V.

2. Umsetzung der Aufgaben im Jahr 2009

2.1. Kooperation und Monitoring bei häuslicher und sexualisierter Gewalt

- Wie bereits im Jahr 2008 tagte der Landesrat zur Begleitung der Umsetzung des Landesaktionsplanes auch 2009 nicht. Die Gründe sind nach wie vor in den personellen Veränderungen im Büro der Parlamentarischen Staatssekretärin zu finden, welche diesen Landesrat einberuft und federführend gestaltet. Die gestellten Ziele, wie das Monitoring bei Gewalt gegen Frauen, die Ausdifferenzierung des Konzeptes der Landesregierung zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution in M-V und die Begleitung und Auswertung der Umsetzung des Landesaktionsplanes, konnten damit nicht weitergeführt werden. Damit fehlt ein wichtiges Gremium für die

Koordinierung der Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in M-V zwischen der Landesregierung und den Frauenunterstützungseinrichtungen sowie den Einrichtungen für die Täterarbeit in M-V. CORA konnte das Fehlen dieses Gremiums für den Austausch und die Koordinierung der Maßnahmen nur zum Teil durch verstärkte Anstrengungen zur Sicherung des Informationsflusses zwischen der Landesregierung und den Landesarbeitsgemeinschaften der Frauenunterstützungseinrichtungen ausgleichen. Solche Wege waren die verstärkte regelmäßige Information über landesweite Entwicklungen und die Landesarbeitsgruppen während der Sitzungen der Landesarbeitsgemeinschaften und themenspezifische Gespräche z. B. mit dem Justizministerium. Dennoch wurde deutlich, dass die zusammenfassende, koordinierende und unterstützende Wirkung dieses Gremiums fehlte und sich nicht ersetzen ließ. Des Weiteren wirkte CORA auch in 2009 im Vorstand des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung als Vertreterin des Landesfrauenrates mit und setzte sich für gleichstellungspolitische Positionen in der Kriminalitätsprävention in M-V ein. Besonderes Augenmerk legte die Koordinatorin auf das Wahrnehmen von Gewalt gegen Frauen als einem wichtigen und nicht marginalen Kriminalitätsfeld in unserem Bundesland durch die Vorstandsmitglieder und die ArbeitsgruppenleiterInnen.

- Die Koordinierungsstelle CORA beteiligte sich 2009 an den Sitzungen des Arbeitskreises Täterarbeit (20.03./26.06./30.10.09) unter Leitung von Herrn Marschner, Männer- und Gewaltberatung Neubrandenburg. Wichtiges Anliegen der Koordinierungsstelle CORA war die Umsetzung der bundesweiten Standards für Täterarbeit bei häuslicher Gewalt in unserem Bundesland. Diese Anforderung spiegelt sich auch in der neuen Richtlinie zur Förderung der Unterstützungseinrichtungen bei Gewalt gegen Frauen der Parlamentarischen Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung M-V wieder (Vgl. 4.2.3. der Richtlinie). Wie auch in den Vorjahren standen dem Vorbehalte der beiden Männerberatungsstellen im Land zu Umsetzungsmöglichkeiten entgegen, die sich aus ihrer Ausstattung mit Ressourcen, ihrem großen Wirkungskreis, aber auch konzeptionellen Gründen ergeben.

Für die Männerberatungsstellen stand wie in den vergangenen Jahren im Vordergrund, mehr Täter häuslicher Gewalt mit ihrem Angebot zu erreichen. Favorisiert wird von ihnen dabei eine direkte Übermittlung der Kontaktdaten der Täter durch die Polizei an sie. Das Innenministerium M-V hat nach gründlicher Prüfung, insbesondere der datenschutzrechtlichen Bestimmungen, die Möglichkeit der Datenübermittlung durch die Polizei an die Männerberatungsstellen ausgeschlossen. Zukünftig soll die Zuweisung der Täter durch die Staatsanwaltschaften intensiviert werden. Dazu sind weitere Gespräche geplant. In der letzten Sitzung des Arbeitskreises wurde der Redebeitrag der Männerberatungsstellen zur Fachtagung „Gewalt gegen Frauen und Kinder - Opferschutz weiterfassen - Täter in Verantwortung nehmen“ am 23.11.09 besprochen. Im Ergebnis der Fachtagung zur Eröffnung der Anti-Gewalt-Woche 2009 in Waren wurde insbesondere durch die Fachbeiträge der Referentinnen aus der BRD und Österreich deutlich, dass an der Umsetzung der bundesweiten Standards und an der Kooperation mit den Frauenunterstützungseinrichtungen in M-V in den nächsten Jahren intensiv fachlich, konzeptionell und in der konkreten Kooperation gearbeitet werden muss.

- Auch in 2009 nahm die Koordinatorin regelmäßig an den Sitzungen der Landesarbeitsgemeinschaften der Unterstützungseinrichtungen für gewaltbetroffene Frauen teil. Die Koordinierungsstelle CORA nahm an den Sitzungen der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenhäuser und Kontakt- und Beratungsstellen und der Landesarbeitsgemeinschaft der Beratungsstellen gegen sexualisierte Gewalt als Gast teil. In der Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen ist sie ständiges Mitglied. An der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenhäuser und Kontakt- und Beratungsstellen nahm CORA in 2009 nicht an allen und an den gesamten Sitzungen (21.01./04.03./15.04./07.10.09) teil. Der Grund lag im Wunsch der Mitglieder, Tagesordnungspunkte ohne die

Koordinierungsstelle zu bearbeiten. Auch an der Klausurtagung der Landesarbeitsgemeinschaft nahm CORA aus diesem Grund nicht teil. Damit erschwerte sich die Vertretung der Frauenhäuser und Kontakt- und Beratungsstellen in den Werkstattgesprächen der bundesweiten Frauenhauskoordinierung, die CORA auch 2009 wahrnahm. Mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Beratungsstellen sexualisierte Gewalt wurde die enge Zusammenarbeit weiterentwickelt. CORA nahm an den gesamten Landesarbeitsgemeinschaftssitzungen teil (22.01./19.03./14.05./03.09.09) und realisierte die Zusammenfassung der Jahresstatistiken der Beratungsstellen. Inhaltliche Schwerpunkte der Zusammenarbeit waren die Frage einer einheitlichen statistischen Erfassung in allen Beratungsstellen und die Umsetzung des 2. Opferrechtsreformgesetzes in M-V. An den Sitzungen der Landesarbeitsgemeinschaften der Interventionsstellen (20.01./03.03./14.04./25.05./07.07./01.09./13.10./01.12.09) nahm die Koordinierungsstelle teil, bereitete spezifische Themen vor und berichtete über Entwicklungen in M-V, der Bundesrepublik und aus dem Ausland. Die Koordinierungsstelle bereitete mit den Interventionsstellen die 2tägige Klausurtagung am 23. und 24. September 2009 in Lubmin vor und moderierte die Veranstaltung. Themen waren die neuste wissenschaftliche Studie zu Risikofaktoren für Frauen, Partnerschaftsgewalt zu erleiden; der intensive fachliche Austausch zur täterbezogenen Intervention in den Interventionsstellen; die Überarbeitung des Konzeptes der Beratung der erwachsenen Opfer von häuslicher Gewalt; das neue Datenerfassungssystem Intervent; die Umsetzung des Datenschutzes in den Interventionsstellen und Fragen der Qualitätssicherung. Die Koordinierungsstelle CORA erstellte nach der Klausurtagung den Entwurf der Konzeption der Beratung der erwachsenen Opfer häuslicher Gewalt der Interventionsstellen. Dieser wurde in der nächsten Sitzung abgestimmt und wird als fachliche Empfehlung der Landesarbeitsgemeinschaft den Trägern und der Parlamentarischen Staatssekretärin als Zuwendungsgebern zugesandt. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Männerberatungsstellen hat bis jetzt noch nicht auf das mehrfach durch die Koordinierungsstelle CORA unterbreitete Angebot einer Teilnahme an den Sitzungen und einer intensiveren Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle zurückgegriffen. Somit beschränkt sich hier die Zusammenarbeit auf Kontakte in den Sitzungen des AK Täterarbeit.

Schwerpunkt in der Zusammenarbeit mit den Landesarbeitsgemeinschaften war für CORA die Sicherung des Informationsflusses mit den landesweiten Arbeitsgremien (AK Täter, AG Stalking, Interdisziplinärer Austausch), dem Landesfrauenrat, dem Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung, zwischen der Landesregierung bzw. Landespolitik und den Frauenunterstützungseinrichtungen. Zusätzlich brachte CORA Informationen aus den bundesweiten Vernetzungen in die Landesarbeitsgemeinschaften ein, wie aus der Frauenhauskoordinierung, der Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit bei HG, der Bundeskonferenz der Landeskoordinierungsstellen und der Internationalen Konferenz der Interventionsstellen und Interventionsprojekte.

- Der Interdisziplinäre Austausch war im Jahr 2009 das einzige landesweite Kooperationsgremium, in dem Unterstützungseinrichtungen mit Vertreterinnen und Vertretern der Polizei, Justiz und der Landesverwaltung die Bekämpfung von häuslicher Gewalt bearbeiteten. Er tagte in der 8. und 9. Sitzung am 11. März 2009 in der Polizeidirektion Neubrandenburg und am 30. September 2009 in der Fachhochschule Güstrow. Zum TeilnehmerInnenkreis gehörten die Interventionsstellen, die Sonderdezernentinnen in den Staatsanwaltschaften, die Polizeidirektionen, das Innen- und das Justizministerium, das Büro der Parlamentarischen Staatssekretärin, ein Verwaltungsrichter und das Institut für polizeiliche Aus- und Fortbildung an der Fachhochschule für Verwaltung und öffentliches Recht in Güstrow. Wie bereits in den vergangenen Jahren praktiziert, bereitete CORA die Tagesordnung und inhaltliche Beiträge mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen vor und leistete die organisatorische Vor- und Nachbereitung. Auf der Tagesordnung standen folgende Themen: Austausch zum Stand der Intervention und Strafverfolgung in Fällen häuslicher

Gewalt, Erfahrungen aus der Polizeidirektion Rostock bei der Umsetzung der Schulungsmaßnahmen der Polizeibeamten zu häuslicher Gewalt und Stalking, die Kooperation von Polizei, Jugendämtern und Interventionsstellen bei der Sicherung des Kindeswohls in Fällen von häuslicher Gewalt und Stalking und die Information der Polizei über gerichtliche Beschlüsse zu Gewaltschutzsachen. Insbesondere die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Polizeidirektionen und aus den Staatsanwaltschaften schätzen die Möglichkeit des offenen, kritischen und interdisziplinären Austausches in diesen Treffen und sehen damit ihre Arbeit und ihr besonderes Engagement für die Themen häusliche Gewalt und Stalking gewürdigt. Die halbjährlichen Sitzungen des Interdisziplinären Austausches sind eine der wenigen Möglichkeiten des Fachaustausches zum Thema untereinander in den Berufsgruppen, aber auch interdisziplinär mit Interventionsstellen, Justiz, Polizei und Landesverwaltung. Ergänzend führte die Koordinierungsstelle Gespräche zur Vorbereitung und Auswertung der Sitzungen z.B. mit dem Polizeidirektor der Rostocker Polizeidirektion Thomas Laum oder mit VertreterInnen des Landesjugendamtes.

- Der Arbeitskreis Netzwerk tagte 2009 drei Mal (12. Januar, 30. April, 12. November 2009) unter Leitung der Koordinierungsstelle CORA. CORA bereitete die Sitzungen vor und leitet diese. Thema war der Stand der Täterarbeit bei häuslicher Gewalt in M-V und bundesweite Entwicklungen der Täterarbeit. Dazu wurde vom AK Netzwerk der Vorschlag gemacht, dass eine Fachtagung zum Thema Täterarbeit im Jahr 2009 durchgeführt wird. Dieser Vorschlag wurde mit der Bitte um Umsetzung an den AK Täterarbeit verwiesen. In den folgenden beiden Sitzungen wurde auf Vorschlag der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenhäuser und Kontakt- und Beratungsstellen das Thema „Neue Wege im Netz“ bearbeitet. In der Sitzung am 30. April 2009 wurde dieses Thema durch die Landesarbeitsgemeinschaft Frauenhäuser und Kontakt- und Beratungsstellen konkretisiert, sie schlugen vor, ein verbindliches Handlungskonzept und Standards für die Kooperation der Unterstützungseinrichtungen in dieser Runde zu erstellen. An diesem Thema wurde in der folgenden Sitzung mit einer externen Moderation weitergearbeitet, konkrete Ergebnisse liegen noch nicht vor. Zusätzlich wurden zum wiederholten Male die Rolle und die Aufgaben der Koordinierungsstelle CORA hinterfragt.
- Auch im Jahr 2009 setzte die Koordinierungsstelle CORA die enge Zusammenarbeit mit dem Landesfrauenrat M-V fort. Auf der Delegiertenversammlung am 11. Juni 2009 in Schwaan und auf der Klausurtagung am 6. und 7. November 2009 in Schwerin- Mueß nutzte CORA die Möglichkeiten zum Austausch und zur Verbindung von Gleichstellungsthemen mit der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in unserem Bundesland. Mit dem Landesfrauenrat ergeben sich hier verschiedenste Anknüpfungspunkte: Möglichkeiten von Öffentlichkeitsarbeit für das Thema, Nutzung von vorhandenen Netzwerken im Land und den Regionen und andere Synergieeffekte. In der Klausurtagung des Landesfrauenrates wurde deutlich, welchen wichtigen Stellenwert die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in der gesamten Gleichstellungspolitik hat. Einschätzungen von frauenpolitisch engagierten Frauen im Landesfrauenrat über den erreichten Grad der Gleichstellung der Frauen und die Notwendigkeit des Engagements für die Gleichstellung von Männern widersprechen deutlich dem Ausmaß von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen in unserer Gesellschaft als Ausdruck einer krassen Ungleichstellung von Frauen und Männern. Hier werden auch in Zukunft Anstrengungen in der Verknüpfung der verschiedenen Arbeitsfelder von Gleichstellungspolitik wie Arbeitsmarktpolitik, Chancengleichheit im Beruf, Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienleben und der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen erforderlich sein. Von großer Bedeutung ist eine ständige Vertretung dieses Themas durch eine geeignete Fachfrau im Landesfrauenrat. CORA leistete in den vergangenen Jahren wieder Unterstützung und Zuarbeiten zu relevanten Themen, Stellungnahmen und Gesetzesreformen.

- Im Jahr 2009 gab es durch personelle Veränderungen im Büro der Staatssekretärin wieder neue Ansprechpartnerinnen zum Thema „Frauen in Krisensituationen“ für die Koordinierungsstelle. Es fanden mehrere Gespräche zwischen CORA und den Mitarbeiterinnen im Büro der Staatskanzlei am 30.01.09 zum Arbeitsplan von CORA, am 26.03.09 zur neuen Förderrichtlinie und am 08.05.09 zur Planung der Eröffnungsveranstaltung der Anti-Gewalt-Woche 2009 statt. Zusätzlich unterstützte CORA das Büro der Staatssekretärin kurzfristig mit Zuarbeiten, wie zu den Berichten an den Landesrechnungshof, der Zusendung von Materialien und mit Informationen im laufenden Arbeitsprozess.

2.2. Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution

- In der Umsetzung des Themenfeldes konnten die Vorhaben aus dem Jahresplan 2009 wieder nur teilweise umgesetzt werden. Die Koordinierungsstelle unterstützte die im April 2009 eingerichtete Fachberatungsstelle für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution intensiv durch die Vermittlung von Fachwissen und Kooperationskontakten. Dazu wurden mehrere gemeinsame Gespräche im Mai, September und Dezember durchgeführt. Die geplante Unterstützung der Mitarbeiterin der Fachberatungsstelle im Verhandlungsprozess für einen Kooperationsvertrag der Fachberatungsstelle mit dem Innenministerium konnte durch die Koordinierungsstelle nicht geleistet werden, da dieser Prozess nicht begonnen wurde. Auch die bereits in 2007 geplante landesweite Arbeitsgruppe als Unterarbeitsgruppe des Landesrates zur Begleitung der Umsetzung des Landesaktionsplanes zum Thema kam im Jahr 2009 nicht zustande. Die im Konzept der Landesregierung zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution in M-V festgehaltenen jährlichen Treffen der Ministerien und der Unterstützungseinrichtungen für die Opfer fanden bisher nicht statt. Im Gespräch mit der Mitarbeiterin der Fachberatungsstelle ZORA im Dezember 2009 wurde deutlich, dass gerade in der Einrichtung einer landesweiten Arbeitsgruppe zum Thema Menschenhandel und Zwangsprostitution unter Beteiligung entscheidungsbefugter VertreterInnen der beteiligten Ministerien ein wichtiger Faktor für die Unterstützung der Arbeit der Fachberatungsstelle und für effektive Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution gesehen wird. Besonders wichtig ist es, den Kooperationsvertrag des Innenministeriums mit der Fachberatungsstelle fertig zustellen. Ein weiteres drängendes Problem ist die Existenzsicherung der betreuten Opfer, welche große Probleme und Finanzierungslücken (z. B. für Gegenstände der persönlichen Hygiene und medizinische Versorgung) aufweist. Hier ist eine schnelle Klärung der offenen Fragen erforderlich.
- Weitergeführt wurde die Teilnahme von CORA am Runden Tisch zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution in Rostock. Die Koordinatorin brachte sich intensiv in die Vorbereitung und Durchführung ein. Der Runde Tisch tagte am 29. Januar 2009 unter Leitung der Gleichstellungsbeauftragten der Hansestadt Rostock. In der Sitzung stellte eine Forscherin den wissenschaftlichen Abschlussbericht zur Untersuchung „Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes“ im Auftrag des BMFSFJ vor. Im Ergebnis der Diskussion legt der Runde Tisch zukünftig seinen Arbeitsschwerpunkt auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Prostituierten in der Hansestadt Rostock und wird sich mit entsprechenden Modellen aus anderen Städten vertraut machen. Zusätzlich strebt der Runde Tisch als immer noch einzigem Kooperationsgremium zum Thema in M-V eine engere Zusammenarbeit mit der Fachberatungsstelle Zora an.

2.3. Stalking

- Die Koordinierungsstelle CORA arbeitete 2009 aktiv in der Arbeitsgemeinschaft Stalking des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung unter Leitung von Frau Kunisch, Pressesprecherin des Jus-

tizministeriums M-V mit. Die AG traf sich am 24. Februar, 26. März, 8. September, 16. Oktober und 8. Dezember 2009 zu den Beratungen. Die AG arbeitete intensiv an der Erstellung der beschlossenen zwei Broschüren. Zusätzlich wurde eine Redaktionsgruppe eingerichtet, die von der Koordinatorin geleitet wurde. Sie tagte am 13. Februar, 3. und 11. März, 6. Mai und 24. Juni 2009. Im Oktober 2009 konnte die Redaktionsgruppe den Entwurf der Informationsbroschüre für die Betroffenen vorlegen und nach dem Vorstandsbeschluss des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung wurde sie gedruckt und durch das Innenministerium an Polizei, Justiz, Behörden und Beratungseinrichtungen verteilt. Der umfangreiche Entwurf des Informationsmaterials für professionell mit Stalkingfällen befasste Fachkräfte wurde wegen Änderungsbedarf von Seiten des Innen- und Justizministeriums zurück gestellt. Da der Entwurf insbesondere von den Praktikerinnen in der Arbeitsgemeinschaft sehr begrüßt wurde, ist im neuen Jahr eine schnelle Fertigstellung auch dieses Informationsmaterials als Arbeits- und Informationsgrundlage über das Handeln der anderen Institutionen in diesen Fällen erforderlich.

2.4. Gesundheitliche Versorgung gewaltbetroffener Frauen

- Die AG Gewalt und Gesundheit führte ihre Arbeit nicht weiter fort. Diese Arbeitsgruppe wird von der Parlamentarischen Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung einberufen. Durch die personellen Veränderungen in ihrem Büro fanden keine weiteren Sitzungen statt. Trotzdem wurde gerade von den Vertreterinnen der Landesarbeitsgemeinschaften der Unterstützungseinrichtungen in dieser Arbeitsgruppe festgestellt, dass sie eine Fortsetzung der Arbeit am Thema Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung gewaltbetroffener Frauen und ihrer Kinder für dringend erforderlich halten.
- CORA nahm an der Fachtagung der Parlamentarischen Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung in Kooperation mit der Ärztekammer und Zahnärztekammer M-V und der Techniker Krankenkasse am 31. Januar 2009 „Gewalt in der Familie - früh erkennen - richtig handeln“ teil und unterstützte die Mitarbeiterinnen des Büros der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Erstellung der Tagungsdokumentation. Die Tagung war in 2008 in der Arbeitsgruppe Gewalt und Gesundheit und mit intensiver fachlicher und organisatorische Unterstützung der Koordinatorin von CORA vorbereitet worden. Dringenden Handlungsbedarf sehen die Praktikerinnen weiterhin in der Sensibilisierung von praktisch tätigen MedizinerInnen insbesondere für die Situation gewaltbetroffener Frauen.

2.5. Strafrecht: Täterbezogene Interventionen und Opferschutz

- Ein weiteres Treffen der „CORA-Beauftragten“ der Justizvollzugsanstalten und der Frauenunterstützungseinrichtungen kam in 2009 nicht wie geplant zustande.
- Am 22. Januar lud das Justizministerium zu einem Erfahrungsaustausch von Opferschutzeinrichtungen und JustizvertreterInnen in das Oberlandesgericht in Rostock ein. CORA unterstützte das Justizministerium bei der inhaltlichen Vorbereitung. Außerdem koordinierte CORA die Redebeiträge der Landesarbeitsgemeinschaften der Frauenunterstützungseinrichtungen und stellte in einem Beitrag die Arbeit der Koordinierungsstelle und gemeinsame Forderungen der Frauenunterstützungseinrichtungen zum Opferschutz vor. In der Veranstaltung wurde deutlich, dass der Opferschutz für die Justizministerin ein wichtiges Anliegen ist und es so gelingen kann, StaatsanwältInnen und RichterInnen für eine Zusammenarbeit mit den Opferschutzeinrichtungen zu motivieren. Im Ergebnis der Veranstaltung wurden regionale Kooperationsrunden in den Landgerichtsbezirken unter Federführung von Richterinnen und Richtern mit RichterInnen, RechtsanwältInnen, StaatsanwältInnen und MitarbeiterInnen der Opferschutzeinrichtungen unter den Opferschutzeinrichtun-

gen vereinbart. Leider haben diese Kooperationsrunden in den Landgerichtsbezirken noch nicht stattgefunden. Im Landgerichtsbezirk Rostock gab es im Ergebnis der Veranstaltung Treffen der regional tätigen Opferschutzeinrichtungen. Sie haben zur Verbesserung der Kooperation und zur Verringerung von Konkurrenzen unter den Opferschutzeinrichtungen beigetragen, deutlich wird das in einem gemeinsamen Flyer für die Hand von Opfern in Strafgerichtsprozessen im Landgerichtsbezirk Rostock. Hier muss die Koordinierungsstelle CORA in den kommenden Monaten den Dialog in enger Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Opferschutz des Justizministeriums weiter führen und regionale Treffen wie am 22. Januar 2009 vereinbart einfordern.

- An der Aufgabenstellung der Verbesserung des Opferschutzes in Strafverfahren für gewaltbetroffene Frauen und Kinder arbeitete die Koordinierungsstelle CORA intensiv in Gesprächen mit der neugeschaffenen Stabsstelle Opferschutz im Justizministerium M-V. Dazu fanden am 4. Februar, 17. April und 20. Oktober 2009 Gespräche mit Frau Rixmann vom Justizministerium statt. Standen im ersten Gespräch die Auslotung der Kooperationsmöglichkeiten und die Vorstellung der Arbeitsansätze und Strategien beider Seiten zum Thema Opferschutz und die Auswertung der Veranstaltung am 22. Januar im Oberlandesgericht im Mittelpunkt, ging es im zweiten Gespräch um konkrete Handlungsmöglichkeiten und Verbesserungen für die Opfer. So wurde ein Merkblatt zu den Opferrechten gemeinsam überarbeitet und die Weiterführung regionaler Austausche zwischen Justiz, insbesondere der Richterschaft und den Frauenunterstützungseinrichtungen besprochen. Des Weiteren wurden konkrete Hilfestellungen für Frauen als Opfer von Straftaten im Strafverfahren beleuchtet und die Aufnahme der Adressen der Frauenunterstützungseinrichtungen auf die Internetseite des Justizministeriums durch CORA angeregt. Im dritten Gespräch stand die Umsetzung des 2. Opferrechtsreformgesetzes in M-V im Mittelpunkt. Als Gast nahm an diesem Gespräch Ina Pellehn, Mitarbeiterin der Interventionsstelle Stralsund, Fachfrau zur psychosozialen Prozessbegleitung teil. Die Vertreterin des Justizministeriums berichtete über erste Überlegungen zu einem Modellprojekt zur psycho-sozialen Prozessbegleitung in M-V. CORA zeigte Kooperationsmöglichkeiten und Erfahrungen der Frauenunterstützungseinrichtungen in der Unterstützung von Frauen und Kindern als Opfer in Strafverfahren auf, machte aber auch deren Grenzen bezüglich der Ressourcen deutlich. Besonders bedauert wurde durch CORA, dass der Modellversuch sich auf die Zielgruppe Kinder und Jugendliche als Opfer von Sexualstraftaten beschränkt, wozu es bereits in zurückliegenden Jahren ein wissenschaftlich begleitetes Landesmodellprojekt in Rostock beim Träger Frauen helfen Frauen e.V. gab. Durch das Justizministerium wurde zugesichert, dass sich das Modellprojekt an den Standards der psycho-sozialen Prozessbegleitung des anerkannten Institutes „Recht würde Helfen“ orientieren wird. Dazu sollen vor allem die dort ausgebildeten Beraterinnen in M-V zur fachlichen Beratung und Umsetzung herangezogen werden. Der Dialog zwischen der Stabsstelle Opferschutz und der Koordinierungsstelle CORA soll weitergeführt werden.
- Die Optimierung der täterbezogenen Interventionen bei Gewalt gegen Frauen stand 2009 besonders im Mittelpunkt der Arbeit von CORA. Die Koordinierungsstelle bereitete den Erfahrungsaustausch der Interventionsstellen M-V mit der Wiener Interventionsstelle bei Gewalt in der Familie vom 16. bis 18. März inhaltlich und organisatorisch vor. Während des Austauschs hielt CORA einen Vortrag über den Stand täterbezogener Interventionen in Deutschland und insbesondere in M-V und beteiligte sich aktiv am Austausch und den arbeitspraktischen Übungen. Aus Wien nahmen alle Teilnehmerinnen viele Anregungen und Überlegungen für die eigene Beratungspraxis, aber auch für die strategische Weiterentwicklung dieses Arbeitsbereiches mit. CORA wertete die Ergebnisse dieses Treffens aus und speiste sie in die Klausurtagung der Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen, die Überarbeitung des Beratungskonzeptes der Interventionsstel-

len für die erwachsenen Opfer häuslicher Gewalt, den Arbeitskreis Täterarbeit, aber auch in die Information des Arbeitskreises Netzwerk und der anderen Landesarbeitsgemeinschaften ein. Dieses Arbeitsfeld für Beraterinnen gewaltbetroffener Frauen und ihrer Kinder ist noch recht neu und es gibt wenig praktische Erfahrungen und konzeptionelle Überlegungen. An diesen Themen muss durch die Koordinierungsstelle weitergearbeitet werden, sowohl konzeptionell, als auch im Informationstransfer und bei der Entwicklung von Fortbildungsmodulen für Beraterinnen.

- Die Koordinierungsstelle CORA nahm wieder regelmäßig und aktiv an den Sitzungen des Arbeitskreises Täterarbeit teil. Er tagte am 2. März, 11. Mai, 29. Juni und 2. November unter Leitung von Herrn Marschner, Männerberatungsstelle Neubrandenburg. Ein wichtiges Thema war dort die Auslotung von Zuweisungsmöglichkeiten durch die Polizei nach Einsätzen zu häuslicher Gewalt an die Männerberatungsstellen. Ein entsprechender Vorschlag für ein Pilotprojekt vom Polizeirevierleiter Achim Segebarth wurde vom Innenministerium aus datenschutzrechtlichen Gründen verworfen. CORA machte in diesem Diskussionsprozess vor allem deutlich, dass dabei die Beachtung der Sicherheitsfragen der Opfer häuslicher Gewalt Vorrang vor der Vermittlung der Täter in die Männerberatung haben muss. Die Verbesserung der Zuweisungspraxis durch die Staatsanwaltschaften konnte nicht besprochen werden, da es nicht gelang, Gesprächspartner aus den Staatsanwaltschaften für die Sitzung zu gewinnen. Für die Koordinierungsstelle war auch in diesem Jahr die Umsetzung der bundesweiten Standards für Täterarbeit bei häuslicher Gewalt in M-V das zentrale Thema. Zwar sind diese Standards als Arbeitsgrundlage der beiden Männerberatungsstellen in M-V in der Förderrichtlinie der Parlamentarischen Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung festgeschrieben, aber es fehlt eine gründliche inhaltliche Auseinandersetzung mit der konkreten Beratungsarbeit und der Verzahnung mit den Frauenunterstützungseinrichtungen dazu in dem Arbeitskreis Täterarbeit. Wichtige Impulse sind hier von der Eröffnungsveranstaltung der Parlamentarischen Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung zur Antigewaltwoche 2009 am 23. November in Waren ausgegangen. Die Anregung zu dieser Veranstaltung war bereits 2008 vom Arbeitskreis Netzwerk an den Arbeitskreis Täterarbeit mit der Bitte um Ausrichtung durch diesen gegeben worden. In der Vorbereitung der Veranstaltung unterstützte CORA das Büro der Parlamentarischen Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung intensiv fachlich (Konzept der Veranstaltung, Kontakte zu Referenten) und organisatorisch. Auf der Tagung berichteten Fachpersonen aus anderen Bundesländern und aus Österreich über praktische Erfahrungen, eigene Arbeitshaltungen und konzeptionelle Überlegungen zur Täterarbeit bei häuslicher Gewalt. Diese Anregungen wurden vom Fachpublikum sehr interessiert aufgenommen und diskutiert. Im Ergebnis der Veranstaltung wurde deutlich, dass in unserem Bundesland intensiv an diesem Thema weitergearbeitet werden muss.
- CORA beteiligte sich auch in 2009 intensiv am Prozess der Fortschreibung der bundesweiten Standards für Täterarbeit. Als Vertreterin der Frauenhauskoordinierung e.V. nahm die Koordinatorin an den Sitzungen der AG bundesweite Standards der Bundesarbeitsgemeinschaft der Täterarbeitseinrichtungen teil. Die Sitzungen fanden am 20. März, 26. Juni und 30. Oktober in Berlin statt und befassten sich mit der Fortschreibung der Bundesstandards und mit der Erstellung einer Checkliste für zuweisende und zuwendungsgebende Institutionen zur Überprüfung der Umsetzung der Standards in Konzepten und in der Praxis von Täterarbeitseinrichtungen. Dabei vertrat CORA die Interessen der Frauenunterstützungseinrichtungen, die insbesondere Fragen der Sicherheit der misshandelten Frauen und ihrer Kinder im Blick haben.

2.6. Öffentlichkeitsarbeit

- Die Herausgabe des Fachinformationsdienstes CORAktuell wurde in 2009 weitergeführt. Dieses war durch die finanzielle Förderung durch die Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung M-V wieder möglich. Die Redaktionsgruppe (Sabine Jonitz, Kontakt- und Beratungsstelle Waren, Ulrike Bartel, Geschäftsführerin Frauen helfen Frauen e. V. Rostock und CO-RA) setzte die Planung, Erstellung und Herausgabe der Ausgaben 20, 21 (Doppelausgabe) und 22 um. Die Ausgaben hatten als Schwerpunkte die Beachtung frauenspezifischer Belange in den Kommunalwahlen 2009, die Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit von Frauenunterstützungseinrichtungen und die Umsetzung von täterbezogenen Interventionen bei Gewalt gegen Frauen. Die Ausgabe 21 zur Öffentlichkeitsarbeit wurde als Doppelausgabe gestaltet, um den Frauenunterstützungseinrichtungen neben grundsätzlichen Überlegungen zur Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit vielfältige praktische und methodische Anregungen an die Hand zu geben. Diese Ausgabe hat ein besonders positives Echo bei den Frauenhäusern, Beratungsstellen und Interventionsstellen in M-V, aber auch bundesweit gefunden und zusätzliche Druckexemplare waren schnell vergriffen. Nach den gemeinsamen Redaktionssitzungen übernahm CO-RA die Organisation der Umsetzung der Beiträge, führte die Interviews mit Kommunalpolitikerinnen in vielen Landesteilen, traf Absprachen mit den VerfasserInnen, verfasste eigene Beiträge, stellte Informationen und Literaturempfehlungen zusammen und korrigierte die Texte. Ebenfalls landesweite und bundesweite Beachtung fand die Ausgabe 22 zum Thema täterbezogene Interventionen insbesondere für Institutionen und Fachpersonen, die sich diesem neuen Arbeitsfeld zuwenden, bzw. sich mit der Täterarbeit bei häuslicher Gewalt auseinandersetzen. An dieser Stelle sei noch einmal Rosa Logar und Anja Steingen als Verfasserinnen von Beiträgen für die Ausgabe gedankt, die zeitnah und kostenlos nach der Fachtagung zur Täterarbeit im November 2009 Auszüge aus ihren Referaten für die CORAktuell zur Verfügung stellten. Die Herausgabe des Fachinformationsdienstes hat sich als Medium der Information und als Anregung des Fach-austauschs im Land etabliert und ist außerhalb unseres Bundeslandes geschätzt und beachtet. Bewährt hat sich bei den PraktikerInnen in verschiedenen Institutionen, dass die Ausgaben der CORAktuell nicht nur elektronisch verfügbar sind, sondern auch als Druckversion versandt werden.
- Wie im Arbeitsplan für 2009 vorgesehen wurde die Broschüre „Wege aus der häuslichen Gewalt“ durch die Koordinierungsstelle komplett überarbeitet, Texte aktualisiert, zusätzliche Übersichten als Beratungshilfen für die praktische Arbeit aufgenommen und rechtliche Änderungen eingepasst. Dabei unterstützten Kolleginnen aus den Interventionsstellen, Beratungsstellen und Frauenhäusern mit Textteilen zu juristischen Fragen und zum Thema Kinder und häusliche Gewalt. Textteile und Adresslisten wurden von CORA mit den Landesarbeitsgemeinschaften der Frauenunterstützungseinrichtungen abgestimmt. Die gedruckten Broschüren wurden den Unterstützungseinrichtungen entsprechend ihres geplanten Bedarfes zur Verfügung gestellt. Zusätzlich ist die Broschüre auf der Website von Frauen helfen Frauen e. V. als Download verfügbar.
- Die Koordinierungsstelle nutzte die Homepage von Frauen elfen Frauen e. V. Rostock für aktuelle Informationen z. B. über Veranstaltungen. www.fhf-rostock.de
- CORA unterstützte wie geplant aktiv die Öffentlichkeitskampagne „Der richtige Standpunkt - gegen Gewalt“ der Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen M-V. Dazu erstellte sie Argumentationshilfen für Kontakte und Gespräche mit prominenten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in M-V, wirkte an der Erstellung der Liste der Prominenten mit und leistete fachliche Zuarbeiten zur Konzeption der Kampagne. Ebenso unterstützte CORA die inhaltliche und organi-

satorische Vorbereitung der regionalen Eröffnungsveranstaltung der Ausstellung im Rostocker Rathaus am 30. November.

- Als Referentin und Moderatorin war die Koordinatorin von CORA in 2009 zu folgenden Themen und Veranstaltungen aktiv:
 - Moderation der Fachtagung „Gewalt gegen Frauen - Opfer schützen - Täter in Verantwortung nehmen“ der Parlamentarischen Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung M-V zur Eröffnung der Anti-Gewalt-Woche 2009 in Waren
 - Referat „Politische Strategien zur Installation einer Kinder- und Jugendberatung in Interventionsstellen“ auf der Klausurtagung der Interventionsstellen Sachsen-Anhalt am 27. August 2009 in Havelberg
 - Referat und Durchführung eines Fachforums „Wie sind Säuglinge und Kleinkinder im Blick? - Erfahrungen aus einem Kooperationsprojekt zu häuslicher Gewalt am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern“ auf der bundesweiten Fachtagung des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen „Frühe Hilfen und häusliche Gewalt“ am 9., 10. und 11. Oktober 2009 in Tutzing, Bayern
 - Referat und Workshop auf dem Bundesweiten Treffen der Interventionsstellen „Täterbezogene Interventionen in der Beratungspraxis von Interventionsstellen“ 4. und 5. November 2009, Halle
 - Referat und Workshop auf dem Bundesweiten Treffen der Interventionsstellen „Grundlagen des pro-aktiven Beratungsansatzes“ 4. und 5. November 2009, Halle
 - Teilnahme an der Podiumsdiskussion zur Eröffnungsveranstaltung zur Ausstellung „Rosenstrasse 61“ des Internationalen Bundes am 28. April 2009 in Wittenburg

2.7. Fort- und Ausbildung für relevante Berufsgruppen

- Durch erneuten personellen Wechsel und Umstrukturierungen am Institut für polizeiliche Aus- und Fortbildung an der Fachhochschule Güstrow gab es über die Teilnahme von Vertreterinnen dieser Aus- und Fortbildungseinrichtung in der Arbeitsgemeinschaft Stalking und am Interdisziplinären Austausch keine weiteren Arbeitskontakte. So konnte auch das Ziel einer abgestimmten, verbindlichen Einbindung des Themas häusliche Gewalt in die Fort- und Ausbildung der Polizei nicht umgesetzt werden. Die Kolleginnen der Interventionsstellen Rostock und Stralsund, sowie des Frauenhauses Güstrow und der Kollege der Männerberatungsstelle Güstrow decken entsprechend ihres Zeitbudgets Module in der Fort- und Ausbildung von Polizeibeamten zu häuslicher Gewalt und Stalking ab. Auch sie merken an, dass eine genaue Absprache und exakte Planungen seitens des IpAF zu Ausbildungsinhalten und Methoden erforderlich sind.
- Für das Gesundheitswesen konnte die Koordinatorin im Rahmen der Ausbildung von MedizinstudentInnen ein Wahlpflichtseminar zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ im Rahmen einer Veranstaltungsreihe unter dem Thema „Arzt werden - Mensch bleiben“ am 1. Juli 2010 gestalten und mit den StudentInnen in einen regen Austausch treten.
- Zu Fortbildungsangeboten für MitarbeiterInnen der ARGEn gab es ein Gespräch und einen Briefwechsel mit der Leiterin des Stabes Chancengleichheit am Arbeitsmarkt Elisabeth Herold, Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord. Die Koordinierungsstelle wurde danach durch die Bundesagentur angefragt, das Thema auf einem landesweiten Erfahrungsaustausch der ARGEn in M-V vorzustellen und zu diskutieren. Eine konkrete terminliche Absprache seitens der Bundesagentur steht aber noch aus. Hier müssen die Kontakte durch die Koordinierungsstelle neu aufgenommen werden.

- Auch in 2009 wurden die Basis-Seminare für neue Mitarbeiterinnen in den frauenspezifischen Unterstützungseinrichtungen des Landes durch die Koordinierungsstelle angeboten. Dazu wurden am 21. August, am 10. September und am 10. Dezember eintägige Seminare durch die Koordinierungsstelle veranstaltet. Das Angebot wurde von den Interventionsstellen (4 Kolleginnen), den Frauenhäusern (1 Kollegin), den Kontakt- und Beratungsstellen (4 Kolleginnen), der Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt (3 Kolleginnen) sowie von der Mitarbeiterin der Fachberatungsstelle ZORA (1 Kollegin) genutzt. Das Konzept der Seminare wurde laufend entsprechend bundesweiter neuer rechtlicher Regelungen und mit neusten Forschungsergebnissen aktualisiert. Die Rückmeldungen zu diesen, für die Teilnehmerinnen kostenlosen Seminaren waren sehr positiv und es wurden weitere vertiefende Seminare gewünscht. Als Anforderung an die Träger der frauenspezifischen Einrichtungen bleibt die Frage der fachspezifischen Qualifizierung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen für ihr schwieriges Arbeitsfeld bestehen, der nicht durch eine kollegiale Einarbeitung geleistet werden kann.

2.8. Statistik

- Die Koordinierungsstelle CORA fasste auch 2009 die statistischen Erhebungen der Interventionsstellen M-V landesweit zusammen und wertete sie aus. In 2009 begann die Erfassung der Daten mit dem neuen System Intervent durch die Interventionsstellen. Dieses neue, genau auf die Bedürfnisse der Interventionsstellen in M-V angepasste Programm erfasst nun auch alle Daten zu Stalkingfällen und zur Kinder- und Jugendberatung und kann diese auswerten. Seit dem 3. Quartal 2009 wurden die Daten der einzelnen Interventionsstellen wieder an CORA übermittelt. In der Anwendung der Funktionen von Intervent gab es einigen Abstimmungs- und Änderungsbedarf: Bezüglich der landesweiten Auswertung mit Intervent übernahm CORA diese Aufgaben und die Kommunikation mit der verantwortlichen Kollegin in der Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen und mit dem Softwareunternehmen Toolbox. Die vorliegenden Auswertungen wurden den Interventionsstellen und dem Büro der Parlamentarischen Staatssekretärin zur Verfügung gestellt. Die Befassung mit dem Datenerfassungssystem und die Notwendigkeit der Abstimmung über gemeinsame Erfassungskriterien beförderten in der Landesarbeitsgemeinschaft die Auseinandersetzung zur Qualität der Beratungsarbeit, zu Anforderungen an die Kooperation mit anderen Institutionen und zur konkreten Umsetzung der gemeinsamen Konzeptionen. Die ersten Auswertungen haben aber auch noch kostenpflichtigen Veränderungsbedarf an dem System deutlich gemacht, welcher in der Erstellungsphase des Leistungsprofils für Intervent noch nicht erkennbar war. Hieran müssen die Interventionsstellen und die Koordinierungsstelle weiter arbeiten.
- Mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Beratungsstellen gegen sexualisierte Gewalt arbeitete CORA in 2009 intensiv hinsichtlich der Statistiken zusammen. Anfang 2009 fasste die Koordinierungsstelle die sehr unterschiedlich erhobenen und keinen einheitlichen Erfassungskriterien folgenden Statistiken zu landesweiten Zahlen bezüglich der Fallzahlen und der Betroffenen zusammen, wertete diese so weit wie möglich aus und diskutierte sie mit der Landesarbeitsgemeinschaft. Die Koordinierungsstelle empfahl dringend ein einheitliches Datenerfassungssystem mit verbundenen statistischen Auswertungen ähnlich dem der Interventionsstellen, um so belastbare und aussagekräftige Zahlen zu erhalten. Dieser Vorschlag muss in der Landesarbeitsgemeinschaft weiter diskutiert werden. Als erster Lösungsschritt wurde der vorhandene Fragebogen zur statistischen Erhebung, welcher handschriftlich erfasst und am Ende des Jahres ausgezählt wird, überarbeitet. Dabei unterstützte CORA mit den Erfahrungen aus dem Prozess der Programmentwicklung mit den Interventionsstellen.

- Von der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenhäuser und Kontakt- und Beratungsstellen erhielt CORA die Gesamtzahlen von stationären und ambulanten Beratungsfällen, die Geschlechterverteilung der Opfer sowie die Zahlen der mitbetroffenen Kinder. Seit 2010 nehmen alle Frauenhäuser in M-V an der kostenlosen, onlinegestützten, statistischen Erfassung der bundesweiten Frauenhauskoordinierung e.V. teil und können damit auch eigene statistische Auswertungen vornehmen. Eine landesweite Auswertung ist derzeit mit diesem Programm noch nicht möglich. Für die Kontakt- und Beratungsstellen gibt es derzeit noch kein Erfassungs- bzw. Statistiksystem. Denkbar wären die Erstellung eines eigenen Datenerfassungssystems bzw. Anpassung von Intervent an die speziellen Bedürfnisse der Beratungsstellen.
- CORA fasste auch 2009 die Zahlen gewaltbetroffener Frauen, die in den Frauenunterstützungseinrichtungen in M-V bekannt wurden, zusammen, wertete sie aus und stellte sie Kooperationsgremien, für wissenschaftliche Arbeiten und für das Büro der Parlamentarischen Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung zur Verfügung.
- In 2009 leistete CORA umfangreiche Zuarbeiten an das Büro der Parlamentarischen Staatssekretärin für die Kommunikation mit dem Landesrechnungshof bezüglich des Prüfberichtes zu den spezialisierten Unterstützungseinrichtungen bei Gewalt gegen Frauen. So führte CORA eine bundesweite Abfrage zu den Strukturen und zur Finanzierung der Unterstützungseinrichtungen, recherchierte Materialien und Stellungnahmen zum Thema Finanzierung der Frauenunterstützungseinrichtungen in der BRD und in Europa, stellte Zahlen aus M-V zusammen und erarbeitete Argumentationen zur Notwendigkeit des spezialisierten Unterstützungsnetzes.
- Im Rahmen der Verbesserung der Qualitätssicherung in den frauenspezifischen Unterstützungseinrichtungen bei Gewalt gegen Frauen beteiligte sich CORA an der Erstellung eines Erhebungsinstrumentes für den Paritätischen Qualitätsscheck PQ, der in zwei eintägigen Arbeitsgruppensitzungen am 15. Oktober und 3. Dezember 2009 fertig gestellt wurde und 2010 in verschiedenen Unterstützungseinrichtungen in der BRD, auch in Einrichtungen in M-V getestet wird. Dieser Qualitätsscheck orientiert sich am Qualitätssicherungssystem ISO 9001.

2.9. Vernetzung

- Die Koordinationsstelle CORA nahm auch 2009 an den bundesweiten Vernetzungstreffen der Landeskoordinierungsstellen und Interventionsprojekte im Rahmen der Konferenz der Landeskoordinierungsstellen teil. Die Treffen fanden am 24. April in Hannover und am 28. September in Wiesbaden statt. Zusätzlich wurde ein Treffen während des Bundestreffens der Interventionsstellen am 5. November in Halle durchgeführt. Auf der Tagesordnung standen die Erstellung einer Geschäftsordnung der Bundeskonferenz, die Vorbereitung des Treffens der Interventionsstellen, deren Ausrichtung die Bundeskonferenz mehrere Jahre übernommen hatte, ein Abgleich der statistischen Erhebungen zu häuslicher Gewalt in den Bundesländern und neue gesetzliche Regelungen, die bundesweiten Standards der Täterarbeit und die Bemühungen um eine bundeseinheitliche verbindliche Finanzierung der Frauenunterstützungseinrichtungen in der BRD.
- Am 4. und 5. November 2009 organisierte die Landeskoordinierungsstelle LIKO Sachsen-Anhalt das bundesweite Treffen der Interventionsstellen und Beratungsstellen, welche Interventionsarbeit leisten, in Halle. Zur Vorbereitung hatte es eine Arbeitsgruppe gegeben, welche LIKO bei der Organisation und Planung der Veranstaltung unterstützte. In dieser Arbeitsgruppe wirkte CORA mit und nahm an den Vorbereitungstreffen am 24. April und 12. Mai in Berlin teil. Als Ergebnis der Veranstaltungsreihe für die Interventionsstellen ist eine Internetplattform zum Informationsaustausch der Interventionsstellen, zur Orientierung und Kontaktaufnahme für Hilfesuchende und zur Verbreitung von Fachinformationen über häusliche Gewalt und Interventionsstellen geplant.

Themen des Treffens in Halle waren u. a. der allgemeine Erfahrungsaustausch, die täterbezogene Intervention, die Gestaltung von telefonischer Kontaktaufnahme und Beratung und neuste sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse.

- Vom 17. bis 19. Juni 2008 fand in Basel/Schweiz das 14. Internationale Treffen der Interventionsprojekte, Koordinierungsstellen und Interventionsstellen im deutschsprachigen Raum unter Beteiligung von Fachfrauen aus der Schweiz, Österreich, Deutschland und Luxemburg statt. Die Koordinierungsstelle CORA beteiligte sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung, u.a. durch die Moderation des Plenums zur Ausrichtung und der weiteren Gestaltung der Internationalen Treffen.
- Als Vertreterin der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenhäuser und Kontakt- und Beratungsstellen M-V nahm CORA 2009 an den Werkstattgesprächen der Frauenhauskoordinierung teil. Diese fanden am 22. und 23. April 2009 in Berlin und am 21. und 22. Oktober 2009 in Frankfurt statt. Zusätzlich realisierte CORA die Weiterleitung der Informationen der bundesweiten Frauenhauskoordinierung an alle Frauenunterstützungseinrichtungen in M-V wie Informationen zu Aktionen, Gesetzesinitiativen, Materialien und zu bundesweiten und internationalen Entwicklungen. Fast täglich wurden Informationen von der Koordinierungsstelle an die Landesarbeitsgemeinschaften der Frauenhäuser und Kontakt- und Beratungsstellen, Interventionsstellen und Beratungsstellen gegen sexualisierte Gewalt von der Frauenhauskoordinierung weitergeleitet. Damit werden diese Informationen nicht nur den Frauenhäusern, sondern auch den anderen Frauenunterstützungseinrichtungen in M-V zugänglich gemacht. In den Sitzungen der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenhäuser und Kontakt- und Beratungsstellen informierte CORA die Kolleginnen über die Werkstattgespräche und neue Entwicklungen im Bundesgebiet.

2.10. sonstige Aufgaben

- Die Koordinatorin nahm auch 2009 regelmäßig und aktiv an der monatlichen Leistungsberatung der Einrichtungen des Vereins Frauen helfen Frauen e. V. Rostock teil.
- In 14tägigem Abstand fanden Abstimmungsgespräche zwischen der Geschäftsführerin von Frauen helfen Frauen e. V. und der Koordinatorin von CORA statt.
- In 2009 nahm die Koordinierungsstelle sechs Termine zur Supervision wahr.

3. Fazit 2009 und Ausblick für 2010

- Der Arbeitsplan für 2009 wurde weitestgehend und mit sehr gutem Erfolg umgesetzt. Einige Vorhaben aus dem Arbeitsplan 2009 konnten nicht oder nur teilweise umgesetzt werden, so im Arbeitsbereich Menschenhandel und Zwangsprostitution, der gesundheitlichen Versorgung gewaltbetroffener Frauen oder im Bereich der landesweiten Kooperation und des Monitorings.
- Kooperation und Monitoring: Auch im Jahr 2009 kamen keine Sitzungstermine des Landesrates zur Begleitung der Umsetzung des Landesaktionsplanes zustande. Für die Sicherung der kontinuierlichen Begleitung der Umsetzung des Aktionsplanes ist ein entsprechendes Gremium, besetzt mit Entscheidungsträgern aus den involvierten Ministerien der Landesregierung und den VertreterInnen der Landesarbeitsgemeinschaften, dringend erforderlich. Durch bilaterale Gespräche oder themenspezifische Arbeitsgruppen lässt sich die zusammenfassende, koordinierende und unterstützende Wirkung des Landesrates nicht ersetzen. Wichtig ist aus Sicht der Koordinierungsstelle die Überprüfung des Standes der Umsetzung unter Einbeziehung der Schwachstellenanalyse des Landesrates aus 2007 und ggf. eine Fortschreibung des Landesaktionsplanes II aus dem Jahre 2005. Im Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung wird es zukünftig wichtig sein,

gleichstellungspolitische Positionen in der Kriminalitätsprävention in M-V einfließen zu lassen, um Gewalt gegen Frauen als ein wichtiges und nicht marginales Kriminalitätsfeld deutlich zu machen.

- AK Täterarbeit: Die Fachtagung zur Eröffnung der Anti-Gewalt-Woche 2009 "Opferschutz weiter fassen - Täter in Verantwortung nehmen" zeigte dringenden Veränderungsbedarf in der Täterarbeit bei häuslicher Gewalt in M-V auf. Diesen Herausforderungen bezüglich der Weiterentwicklung der Konzepte, der Umsetzung der bundesweiten Standards und der verzahnten Kooperation mit den Frauenunterstützungseinrichtungen muss sich der AK Täterarbeit in den nächsten Monaten stellen.
- Landesarbeitsgemeinschaften der Frauenunterstützungseinrichtungen: In der Zusammenarbeit der Koordinierungsstelle CORA mit den Landesarbeitsgemeinschaften der Frauenhäuser / Kontakt- und Beratungsstellen, der Interventionsstellen und der Beratungsstellen gegen sexualisierte Gewalt in M-V stellt CORA das fachliche und Erfahrungspotential der Koordinierungsstelle zur Verfügung. Als Themen der Zusammenarbeit stehen einheitliche aussagekräftige Statistiken, die Qualitätssicherung, die Fortschreibung und Weiterentwicklung von Standards und Konzeptionen an. Überlegenswert ist eine engere Zusammenarbeit der Koordinierungsstelle CORA mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Männerberatungsstellen, welche bisher auf das Angebot von CORA für eine Teilnahme an den Sitzungen und einer intensiveren Zusammenarbeit noch nicht zurückgegriffen hat.
- Interdisziplinärer Austausch: Die guten Ergebnisse und positiven Veränderungen, die durch die Treffen ausgelöst wurden, sowie der weitere Bedarf an Austausch sprechen für eine Fortführung des Interdisziplinären Austausches in 2010. Diese halbjährlichen Treffen haben ein hohes fachliches Niveau und sichern den interdisziplinären Austausch zur Intervention bei häuslicher Gewalt und Stalking. Neben dem Austausch der Institutionen hat sich die Bearbeitung von Themenschwerpunkten bewährt. An dem Schwerpunkt der Kooperation von Polizei, Jugendämtern und Interventionsstellen bei der Sicherung des Kindeswohls in Fällen von häuslicher Gewalt und Stalking haben viele der vertretenen Institutionen starkes Interesse. An diesem sollte intensiv weitergearbeitet werden.
- AK Netzwerk: Für den Arbeitskreis Netzwerk steht in 2010 die Weiterführung des extern moderierten Prozesses zur Verbesserung der Kooperation im Netzwerk der Unterstützungseinrichtungen an. Dazu sind ein offener Dialog zwischen allen Unterstützungseinrichtungen und eine ergebnisorientierte Arbeit erforderlich.
- Menschenhandel und Zwangsprostitution: In diesem Arbeitsbereich konnten zentrale Aufgaben aus dem Arbeitsplan nicht erfüllt werden. Hauptsächlich ist das dem Umstand geschuldet, dass es nicht gelungen ist, eine landesweite Arbeitsgruppe zum Thema Menschenhandel und Zwangsprostitution einzurichten. Diese Arbeitsgruppe unter Beteiligung entscheidungsbefugter VertreterInnen der beteiligten Ministerien ist ein wichtiger Faktor für die Unterstützung der Arbeit der Fachberatungsstelle und für effektive Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution. Besonders wichtig ist es, den Kooperationsvertrag des Innenministeriums mit der Fachberatungsstelle fertig zustellen. Ein weiteres drängendes Problem ist die Existenzsicherung der betreuten Opfer, welche große Probleme und Finanzierungslücken (z. B. für Gegenstände der persönlichen Hygiene und medizinische Versorgung) aufweist. Hier ist eine schnelle Klärung der offenen Fragen erforderlich.
- AG Stalking: Der 2009 erstellte umfangreiche Entwurf des Informationsmaterials für Professionelle, die mit Stalkingfällen befasst sind, muss in 2010 zügig fertig gestellt werden. Die PraktikerInnen in der Arbeitsgemeinschaft sind sehr an einem ausführlichen Informationsmaterial als Ar-

beits- und Informationsgrundlage über das Handeln der anderen Institutionen interessiert, welches zeitnah zur Verfügung gestellt werden sollte.

- Gesundheitliche Versorgung gewaltbetroffener Frauen: Die Vertreterinnen der Landesarbeitsgemeinschaften der Unterstützungseinrichtungen in dieser Arbeitsgruppe haben betont, dass sie eine Fortsetzung der Arbeit am Thema Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung gewaltbetroffener Frauen und ihrer Kinder für dringend erforderlich halten. Handlungsbedarf sehen die Praktikerinnen weiterhin in der Sensibilisierung von praktisch tätigen MedizinerInnen, insbesondere für die Situation gewaltbetroffener Frauen. Dazu macht sich eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Medizinerverbänden, Frauenunterstützungseinrichtungen und den zuständigen Ministerien wie in der AG Gewalt und Gesundheit erforderlich.
- Opferschutz im Strafrecht: Der Dialog mit der Stabsstelle Opferschutz des Justizministeriums muss weitergeführt werden. Inhalte sind aus Sicht von CORA u.a. regionale Treffen, wie am 22.01.09 in der Tagung des Justizministeriums im Landgericht Rostock angekündigt, die Umsetzung des 2. Opferrechtsreformgesetzes und die Begleitung des Modellprojektes für die psychosoziale Prozessbegleitung in M-V.
- Fortbildungen: Die Grundlagenseminare zu Gewalt gegen Frauen für neue Mitarbeiterinnen in den Frauenunterstützungseinrichtungen müssen in 2010 auch auf den Informationsbedarf der Kolleginnen der Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt ausgerichtet werden. Dazu muss das Konzept überarbeitet werden.
- Statistiken: Mit den Landesarbeitsgemeinschaften der Frauenhäuser, Kontakt- und Beratungsstellen und der Beratungsstellen zu sexualisierter Gewalt müssen gemeinsam Überlegungen für die Optimierung der Datenerfassung und zur Erfassung und Auswertung einheitlicher und aussagekräftiger statistische Daten getroffen werden. In diesem Prozess bietet CORA die vorhandenen Erfahrungen in der Erstellung, Abstimmung, Einführung und Auswertung der Systeme aus der Zusammenarbeit mit den Interventionsstellen in M-V an. Die Interventionsstellen brauchen in 2010 Unterstützung bei Vereinbarungen über einheitliche Erfassungskriterien und bei Nachbesserungen am Programm Intervent.
- Vernetzung: In Kooperation mit dem Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern hat CORA im Jahr 2009 positive Ergebnisse bei der Integration des Themenfeldes Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in die gesamte Gleichstellungspolitik erreicht. Hier werden auch in Zukunft Anstrengungen in der Verknüpfung der verschiedenen Arbeitsfelder von Gleichstellungspolitik wie Arbeitsmarktpolitik, Chancengleichheit im Beruf, Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienleben und der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen erforderlich sein. Von großer Bedeutung ist eine ständige Vertretung dieses Themas durch eine geeignete Fachfrau im Landesfrauenrat.

Heike Herold
Kordinatorin